bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 02 | 17. Januar 2008

## Rechte Szene 2

**„Große Hessenrundfahrt"**
Bei der hessischen NPD und den konkurrierenden Republikanern hofft man jetzt vor der Landtagswahl auf einen Roland-Koch-Effekt.

**Schmächtige Kampagne**
In Niedersachsen hat für die NPD die „heiße Phase des Wahlkampfs" begonnen. Eine Massenplakatierung scheitert aber wohl an den knappen Finanzen.

**Wahlkampf in einer Ruine**
Geplante PR-Aktion der NPD findet ohne Medienvertreter in heruntergekommenem Fachwerkhaus statt.

**Ausländerfeindliche Tiraden**
Neonazis versammeln sich zu einer „Mahnwache" vor Jürgen Riegers Immobilie in Hameln – behördliche Auflagen werden ignoriert.

**„Bolschewistischer Terror"**
NPD-Vertreter lobt die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht.

**„Furchterregende Macht"**
Der Holocaust-Leugner Graf hat weitere einschlägige Texte veröffentlicht.

## Ausland 7

**„Graue Wölfe"**
Türkische Rechtextremisten organisieren sich in so genannten Idealistenvereinen – Feindbilder sind unter anderem Juden, Liberale, Freimaurer, Aleviten und Armenier.

**„Moskauer Müll"**
Russischer Ultranationalist in Brüssel.

## Seitenblick 9

**Unbequeme Geschichte**
Die Deutsche Bahn AG will vom „Zug der Erinnerung" Gebühren kassieren.

## Demokratische Initiativen 10

**„Kampf dem Hakenkreuz"**
Mit einer Ausstellung politischer Graphik des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. aus den Jahren 1930 bis 1933 erinnert die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin an die publizistische Mobilmachung der SPD gegen den Nationalsozialismus.

## Meldungen 11

## Rechte Szene

# „Große Hessenrundfahrt“

*Bei der hessischen NPD und den konkurrierenden Republikanern hofft man jetzt vor der Landtagswahl auf einen Roland-Koch-Effekt.*

Hessens NPD führt Wahlkampf im Stile eines Überfallkommandos. Der Transporter mit Landeschef Marcel Wöll und einem halben Dutzend Parteikameraden fährt auf irgendeinem Marktplatz vor. Eilig werden Infostand und Lautsprecher aufgebaut – manchmal geht es auch noch zeitsparender ganz ohne Stand und nur mit Megaphon –, Wöll hält eine kurze Rede, das Inventar wird wieder eingesammelt, und schon geht es weiter zum nächsten Veranstaltungsort. Fünf, sechs Stationen sind es täglich – wenn die lokalen Ordnungsämter die Auftritte nicht untersagt haben oder die NPD nicht absagt. Seit dem 5. Januar ist Wöll auf „großer Hessenrundfahrt“, wie die Tournee des 24-Jährigen vollmundig angekündigt wurde. Insgesamt 108 „Kundgebungen“, wie die Kurz-Auftritte ebenso großspurig tituliert werden, stehen bis zum 26. Januar auf dem Programm. Kaum ein Städtchen im Hessenland sollte ausgelassen werden, von A wie Alsbach bis Z wie Ziegenberg. Manchmal spricht Wöll dabei völlig ins Leere, weil sich niemand seine Tiraden anhören mag. Und wenn er einmal Publikum hat, sind es häufig Gegendemonstranten. Von den vielen interessierten Bürgern, von denen Wöll in seinem Wahlkampf-Video-Tagebuch fabuliert, ist wenig zu sehen.

Schon lange vor den Landtagswahlen am 27. Januar war klar geworden, dass die finanziell klamme Bundes-NPD ihre Ressourcen auf Niedersachsen konzentrieren würde. Hessens NPD ging weitgehend leer aus. Nicht nur materiell: Auch inhaltlich überließ man Wölls Truppe, die weder personell noch materiell oder intellektuell zu den Aktivposten der Partei zählt, sich selbst. Heraus kamen dabei Hilflosigkeiten. Zum Beispiel das Schäfchen-Wahlplakat, das bei der schweizerischen SVP abgekupfert war und das man mehrmals überarbeiten musste, bis eine klare, ausländerfeindliche Aussage erkennbar war. Zum Beispiel der TV-Werbespot, in dem Wöll hoch zu Ross und durchaus unfreiwillig satirereif den Retter der ausgeplünderten kleinen Leute gibt. Den Streifen, in dem unter anderem die „Streichung der Zuschüsse für jüdische Gemeinden“ und die „Ausweisung allerkulturfremden Ausländer“ gefordert wird, hatte der Hessische Rundfunk nicht ausstrahlen wollen, weil er ihn für volksverhetzend hielt, war aber vom Verwaltungsgerichtshof Kassel dann doch dazu verpflichtet worden.

Anders als die NPDler in Niedersachsen haben die Hessen es mit Konkurrenz aus dem extrem rechten Lager zu tun. Den Republikanern gelang es, in 50 der 55 Wahlkreise auch Direktkandidaten aufzustellen, während die NPD dies nur in 38 Kreisen schaffte. Beide Parteien hoffen kurz vor der Wahl, nach dessen Ausflug in rechtspopulistische Gefilde noch von einem Roland-Koch-Effekt profitieren zu können. „Herr Koch spricht aus, wovor die Republikaner seit Jahren gewarnt haben und dafür als ausländerfeindlich stigmatisiert wurden“, meinte der REP-Landesvorsitzende Haymo Hoch, um sich dem hessischen Ministerpräsidenten schon einmal als Helfer anzubieten: „Die Republikaner würden Herrn Koch im Landtag gerne dabei unterstützen, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen, und Druck machen, damit praktische Konsequenzen gezogen werden.“ NPD-Generalsekretär Peter Marx freute sich: „Roland Koch hat authentische NPD-Positionen, für die die Nationaldemokraten jahrzehntelang stigmatisiert und kriminalisiert wurden, hoffähig gemacht.“ Marx setzt darauf, dass die Bürger „nach dem Motto, ‛Lieber das Original als die Kopie‛ abstimmen“.

In der letzten Phase zieht es beide Parteien auf den Frankfurter Römerberg. Die NPD will dort am Samstag, 19. Januar, auflaufen – eine der wenigen Veranstaltungen mit bundespolitischer „Prominenz“: Hauptredner soll Parteivize Holger Apfel sein. Die Republikaner haben eine Kundgebung dort für Sonntag, 20. Januar angemeldet. Die NPD rechnet bei ihrer Kundgebung mit 250 Teilnehmern, die Republikaner in völliger Verkennung der Realitäten gleich mit 1000 Gleichgesinnten, wie deren Wahlkampfleiter Carsten Propp der „Frankfurter Rundschau“ weismachen wollte. Tatsächlich sind das Zahlen, von denen beide Parteien nur träumen können – ebenso wie von einem Erreichen der Fünf-Prozent-Marke. Eher geht es für sie darum, ein Prozent zu überspringen, damit die Wahlkampfkostenerstattung fließt und wenigstens so gesehen der Wahltag ein Zahltag ist.

*Tomas Sager*

## Schmächtige Kampagne

*In Niedersachsen hat für die NPD die „heiße Phase des Wahlkampfs" begonnen. Eine Massenplakatierung scheitert aber wohl an den knappen Finanzen.*

Die Partei läuft der Debatte hinterher. Im niedersächsischen Wahlkampf bemüht sich der NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau, in die Diskussion um „jugendliche Ausländergewalt" einzugreifen. Den hessischen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch versucht die NPD dabei als „Rosstäuscher" vorzuführen. Vermeintlich moderat betont Molau in einer Presseerklärung: „Wir brauchen keine strafrechtlichen Sanktionen gegen Kinder, sondern eine Stärkung der Familien durch ein Müttergehalt und Rechtssicherheit durch die Abschiebung krimineller Ausländer".

In Niedersachen hat die „heiße Phase des Wahlkampfs" begonnen. Die Partei scheint jedoch auf der Straße jetzt nicht noch mehr Reserven freisetzen zu können. Seit Monaten verteilten Wahlhelfer die zweite Ausgabe der NPD-Wahlzeitung „Gemeinsam für Niedersachsen". Vereinzelte Infostände wurden ausgerichtet. Auch gezielte Flugblattverteilungen, oft mit lokalem Themenbezug, fanden statt.

Bei Fahrten durch das Bundesland springen dem Beobachter aber selten NPD-Parolen entgegen. Die NPD-Plakate „Sozial geht nur national" oder „Mütter verdienen ein Gehalt" hängen in dem Flächenbundesland nicht an vielen Straßenlaternen. Von einer Massenplakatierung, wie in Mecklenburg-Vorpommern, kann nicht geredet werden. Keine Überraschung, wenn Szenegerüchte stimmen: Gerade mal 20 000 Plakate soll die Partei haben. Kurz vor dem Wahltag, dem 27. Januar 2008, verspricht Molau allerdings, würde die Plakatierung verstärkt. Nachgedruckt hätten sie schon, ließ er wissen. Die Zahl von etwa 7000 zusätzlichen Plakaten offenbart dennoch ihr Problem: Mangelnde Finanzen.

Gratis will die NPD zwar ihre Wahl-DVD „Offensive" an potenzielle Wählerinnen und Wähler verteilen. Angeblich mit einer Auflage von 20 000 Exemplaren. Die Parteigliederungen müssen die DVD aber zuvor bei der Landeswahlleitung erwerben. Handgeld für die Wahlhelfer scheint indes ebenso knapp zu sein. Regelmäßige Infostände quer durchs Land, wie die Partei laut ankündigte, sind kaum angemeldet. Der große Einsatz von Lautsprecherwagen blieb bisher bei ersten Anmeldungen. Im Internet versuchte Molau unlängst zu rechtfertigen, warum die Partei keine Termine gegenüber der Presse angekündigt habe. Als Publizist, „der selbst bei der Jungen Freiheit oder der Deutschen Stimme jahrelang Pressearbeit gemacht hat", schrieb Molau, verstehe er ja das „Anliegen der Presse nach Transparenz im Wahlkampf. Anderseits gefährden wir unseren eigenen Wahlkampf, wenn wir Infostände oder Interessentenveranstaltungen offen bewerben". Sicherheitsbedenken sollen also den Wahlkampf behindern.

**„Sozial geht nur national"**

Über den Start dieser Phase des Wahlkampfs auf der Straße ist das Landesamt für Verfassungsschutz etwas verwundert – ganz wie auch verschiedene Initiativen gegen Rechts. Verkündete die NPD doch: In Niedersachsen ihre Kräfte auf die Wahl zu konzentrieren. Die Kampagne der NPD „kommt viel schmächtiger her, als zu befürchten war", erklärt mittlerweile die Sprecherin des Landesamtes Maren Brandenburger.

Von Sicherheitsbedenken spricht der Neonazianwalt Jürgen Rieger beim Wahlkampf nicht. Anders als Molau, räumte Rieger schon vor Monaten ein, dass Geldprobleme den Wahlkampf behindern könnten. Die Partei würde durch die Bundestagsverwaltung nachhaltig finanziell behindert, meinte der Hamburger NPD-Landeschef. Mangels ökonomischer Ausstattung könnte die NPD „nicht an frühere Erfolge anknüpfen". Dass das Fehlverhalten der eigenen Partei die staatliche Bezuschussung bremste, erklärte er nicht. Im Gegenteil: Im Auftrag des Bundesvorstands versuchte Rieger mehr Geld durch einen Abschlag auf die staatliche Parteienfinanzierung zu erstreiten. Die Karlsruher Richter lehnten die Beschwerde ab und verwiesen auf den Rechtsweg im Hauptsacheverfahren. Wegen falscher Rechenschaftsberichte muss die NPD rund 870 000 Euro zurückzahlen. Die Bundestagsverwaltung entschied zudem, nicht gleich alle zustehenden Gelder freizugeben und behielt rund 100 000 Euro ein. Schulden, die der NPD-Bundesvorstand beim Landesverband hat, können nach Riegers Scheitern wohl nicht ausgeglichen werden. Im Wahlkampf dürften dem Verband nun rund 30 000 Euro fehlen. Viel Geld für die NPD.

*Andreas Speit*

# Wahlkampf in einer Ruine

*Geplante PR-Aktion der NPD findet ohne Medienvertreter in heruntergekommenem Fachwerkhaus statt.*

Die vollmundig angekündigte Veranstaltung sollte die „heiße Wahlkampfphase" im niedersächsischen Wahlkampf einläuten. Bisher war der Wahlkampf der Neonazis eher flau angelaufen, kaum Infostände, wenig Plakate in den Straßen. Mit der Vorführung einer DVD mit dem Titel „offensiv" wollten Parteistrategen nun ein „neues Kapitel in der Wahlkampfführung" aufschlagen, außerdem sollten alle 42 Direktkandidaten der Presse vorgestellt werden. Eigens dafür waren der Bundesvorsitzende Udo Voigt, Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, Bundesvorstandsmitglied Jörg Hähnel und der Hamburger Christian Worch am 6. Januar nach Niedersachsen gereist.

„Aus Sicherheitsgründen" wurden akkreditierte Medienvertreter gewohnt konspirativ zum Bahnhof in die Kurstadt Bad Pyrmont bestellt. Dort fand bereits eine Gegendemonstration des „Bündnis gegen Rechts" und des DGB mit rund 300 Teilnehmern statt. Die NPD ließ auf sich warten. Inzwischen war durchgesickert, dass sich rund 20 Neonazis auf dem Hof des Gebäudekomplexes von Jürgen Rieger im nahen Hameln versammelt hatten. Tage zuvor waren Handwerksarbeiten an dem als baufällig eingestuften ehemaligen Kinocenter durchgeführt worden. Polizei und Stadt Hameln ließen sich jedoch von den angetretenen NPD-Leuten nicht irritieren und sprachen erneut ein Nutzungsverbot wegen baurechtlicher Mängel aus. Das Gebäude verfüge nicht über die nötigen Sicherheits- und Brandschutzvorrichtungen, ließ die Stadtverwaltung verlauten. Beamte setzten Platzverweise gegen die Neonazis durch.

Rieger hatte den Gebäudekomplex 1999 erworben. Unter anderem weil die Decke im Kinosaal einzustürzen drohte, sprach die Stadt Hameln ein Nutzungsverbot aus. Zu der Immobilie in der Deisterstraße gehören acht Wohnungen und fünf kleine Ladengeschäfte. Als Hausmeister soll in den letzten Monaten Michael Homeister aufgetreten sein. Der als gewaltbereit geltende Neonazi war bereits als Söldner in Kroatien aktiv. Rieger versuchte die Immobilie zunächst über ebay für 2,5 Millionen Euro zu verkaufen. Inzwischen scheint er seine Meinung geändert zu haben, auf jeden Fall steckte er eine Menge Geld in Sanierungsarbeiten am Gebäude.

Für die geschlossene NPD-Veranstaltung mit rund 100 geplanten Teilnehmern reichten die Arbeiten jedoch nicht aus. Missmutig disponierte man in den etwa 100 Kilometer entfernten „Raum Osnabrück" um. Von den Fernsehteams, Zeitungsvertretern und Radiojournalisten spielte aber keiner mehr mit. Dabei wollte die NPD gerade mit dieser PR-Aktion und der neuen DVD, die in 20 000 Stück Auflage verteilt werden soll, den „Medienboykott" unterlaufen. Bundeschef Udo Voigt hatte angekündigt: „Wenn unsere Partei von den Fernsehanstalten nicht erwähnt wird, nehmen wir den direkten Weg zu den Fernsehapparaten der Menschen".

Die einschlägige Filmvorführung fand schließlich im so genannten „NPD-Heim" in Georgsmarienhütte bei Osnabrück in vertrauter Runde statt. Das heruntergekommene Fachwerkhaus hätte auch kaum als Repräsentationsobjekt gedient. Die Hausruine gehörte dem kürzlich verstorbenen „Urgestein der volkstreuen Bewegung", Franz-Josef Möllenkamp. Immer wieder finden dort Neonazi-Veranstaltungen statt. Im Sommer hatte die „Heimattreue Deutsche Jugend" dort ein Ausweichquartier für ihre Sonnenwendfeier gefunden. Anfang Januar tagten dort NPDler um Voigt und Köster mit regionalen NPD-Kandidaten.

Nach der Filmvorführung und den Reden von Voigt und Andreas Molau stellten sich die Kandidaten an, um ihr Werbematerial ausgehändigt zu bekommen. Auf die Frage, ob die Veranstaltung nicht dilettantisch organisiert, beziehungsweise das Ganze peinlich für die NPD sei, antwortete Spitzenkandidat Andreas Molau, in schwarzem Anzug mit knallroter Krawatte, leicht verlegen: „Für Sie vielleicht. Wir haben die Veranstaltung ja durchgezogen." Auch der Auftritt von Graf Friedrich-Werner von der Schulenburg nebst Gattin in Georgsmarienhütte passte nicht so ganz ins inszenierte Bild. Von dem Hamelner Juwelier, und weitläufigem Verwandten eines 1944 hingerichteten Widerstandskämpfers, distanziert sich mittlerweile die adelige Verwandtschaft, weil er „für eine so grauenhafte Partei kandidiert".

*Andrea Röpke*

# Ausländerfeindliche Tiraden

*Neonazis versammeln sich zu einer „Mahnwache" vor Jürgen Riegers Immobilie in Hameln – behördliche Auflagen werden ignoriert.*

Wenige Tage, nachdem die niedersächsische NPD mit ihrem Vorhaben abgeblitzt war, eine Wahlkampf-Veranstaltung in Riegers Immobilie in Hameln zu veranstalten, wurde der Hamburger Rechtsextremist selbst vorstellig. Aber die Lage sah so aus, dass Rieger zwar Tausende von Euro investiert hatte, um baurechtliche Sicherheitsmängel zu beheben, eine Abnahme durch die Stadt Hameln jedoch noch nicht stattgefunden hat. Damit blieb das durch die Behörden ausgesprochene Nutzungsverbot des ehemaligen Kinocenters bestehen – und Riegers für den 12. Januar 2008 geplanter „Neujahrsempfang" mit Rechtsrock-Konzert musste abgeblasen werden.

Dickfellig meldete der mehrfach verurteilte Rechtsanwalt in seiner Eigenschaft als Landesversitzender der NPD in Hamburg eine „Mahnwache" vor seinem Gebäudekomplex in der Deisterstraße an. Die Frontseite des Hauses wurde großflächig mit NPD-Transparenten verhängt. In den leeren Schaufenstern einiger Ladengeschäfte hingen Plakate mit Aufschriften wie: „Deutscher steh' auf! Komm zu uns". In einigen der neun Apartments haben sich junge Sympathisanten mit ihren Familien eingemietet. Einen von ihnen will Rieger zu seinem Statthalter in Hameln machen, denn ein „NPD-Kreisverband" sei bereits in Gründung. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatten sich zahlreiche Gegendemonstranten, darunter viele in der Stadt lebende Migranten, eingefunden. Sie protestierten laut gegen die rund 40 Neonazis. Trotz ihrer geringen Stärke durften die NPDler den Verdener Lautsprecherwagen nutzen. Rieger schrie seinen Gegnern zu: „Wir haben hier 2000 Quadratmeter Innenfläche und die lässt sich hervorragend nutzen". Er setzte nach: „Jetzt fehlt nur noch die Bauabnahme und dann kann es hier richtig abgehen!"

Die Neonazis scherten sich an diesem Samstagnachmittag scheinbar wenig um Auflagen. NPD-Vorstandsmitglied Thomas Wulff kündigte seinen Leuten an, sie könnten zum Aufwärmen in das Anwesen reingehen, dort werde ein „historischer Film" gezeigt. Auch in den noch leeren Ladenräumen hielten sich fortwährend Rechtsextremisten auf. Wulff machte sich eher Sorgen um das Erscheinungsbild der Mahnwache in der Öffentlichkeit, denn er ließ extra zwei Kameraden abstellen, die dafür Sorge zu tragen hatten, dass die Transparente „gerade" hingen und es „keine blöden Bilder" gäbe. Wahlkampfmäßig liege die NPD zur Zeit bei „drei bis vier Prozent" der Stimmen, so Wulff, er erhoffte sich allerdings eher „fünf bis sechs Prozent" bei der Wahl am 27. Januar.

**Lob für das „Großdeutsche Reich"**

Unter dem „Haut ab!"-Protest der Gegner hielt Rieger seine erste Rede gegen Migration, „Zigeuner", kriminelle Ausländer, Merkel, Koch und von der Leyen. Er wurde unterstützt von Thomas Wulff und Klaus Bärthel. Vor einem Schaufenster mit Gebrauchtwaren prahlte Rieger: „Wenn ich Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wäre, dann wäre eine Vollbeschäftigung in zwei Jahren da! Die Kriminalität wäre um mindestens die Hälfte gesenkt – und wenn ich das nicht erreiche, wäre ich bereit dem Staat mein gesamtes Vermögen zu überschreiben." Er lobte das „Großdeutsche Reich", die Afrikapolitik Rommels, die gute Kooperation mit den arabischen Staaten und erhob die Alliierten zu den Hauptschuldigen für jegliche deutsche Misere. Rieger warf mit teilweise schier unglaublichen Statistiken und Zahlen nur um sich. So behauptete er: „1000 Deutsche werden nach den Statistiken des BKA im Jahr von Ausländern ermordet, jeden Tag drei." Beim Bundeskriminalamt dagegen weiß man nichts von solchen Zahlen. „Diese Zahl stammt nicht von uns", stellte eine Sprecherin der Pressestelle klar. Angeblich, so hetzte Rieger auch, kämen „98 Prozent" der Asylbewerber nur „aus wirtschaftlichen Gründen" in die Bundesrepublik. Und Klaus Bärthel sekundierte, wenn einer in Ludwigslust sein Fahrrad suche, „dann geht er zum Asylantenheim, da findet er es ganz bestimmt".

Doch auffallend ist, dass Rieger offensichtlich wenig gegen seine türkischen Mieter einzuwenden hat, die den An- und Verkaufladen in seinem Haus betreiben und demnächst ein Reisebüro eröffnen wollen. Die Geschäftsbetreiber wurden von Rieger vor der Demonstration ganz überschwänglich in der Ladentür begrüßt. Als er ging, schob er sachte ein verrutschtes NPD-Plakat zurecht.

*Andrea Röpke*

# „Bolschewistischer Terror“

*NPD-Vertreter lobt die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht.*

Die Berliner NPD hat in den letzten Wochen wieder einmal Schlagzeilen mit ihrer Leseart der Geschichte gemacht. Unter dem Motto „Gegen das Vergessen – Freikorps, Soldaten für Deutschland“ wollte die rechtsextreme Partei am 13. Januar die Mörder der beiden sozialistischen Politiker Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ehren. Geplant war die Aktion zeitgleich zur alljährlichen linken Großdemonstration zu Ehren Liebknechts und Luxemburgs. Die von den Rechtsextremisten in unmittelbarer Nähe geplante Aktion wurde allerdings polizeilich untersagt. Da die NPD auf juristische Schritte gegen das Verbot verzichtete und auch nirgends Ersatzveranstaltungen stattgefunden haben, ist davon auszugeben, dass die NPD mit der Aktion vor allem im Gespräch bleiben wollte.

Schon Mitte Dezember hatten die NPD-Vertreter im Bezirksparlament von Lichtenberg den Antrag gestellt, nach dem für den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlichen Waldemar Pabst einen Platz zu benennen, der bisher nach dem Widerstandskämpfer Anton Saefkow benannt ist. Der NPD-Bundesvorständler und Lichtenberger Bezirksverordnete Jörg Hähnel bezeichnete bei der Begründung des Antrags die Ermordung von Lichtenberg und Luxemburg als „Akt des Demokratieerhalts“. „Dem bolschewistischen Terror war durch die entschlossene Tat vom 15. Januar 1919 die entscheidende Stoßkraft genommen. Das Reich konnte sich langsam von den Wirren der Niederlage und des Chaos´ befreien, wenngleich auch nicht gesunden“, schwadronierte der NPD-Bezirksverordnete. Wegen der öffentlichen Billigung von Tötungsdelikten unter anderem hat Lichtenbergs Kulturstadträtin Katrin Framke (Linke) Strafanzeige gegen Hähnel gestellt.

Die kürzlich verstorbene Bremer Historikerin Doris Kachulle bezeichnete Waldemar Pabst als „Brückenbauer zwischen Konservatismus und Faschismus“. In dieser Funktion sei er schon in der Weimarer Republik, später in Österreich und bis zu seinem Tod im Jahre 1970 in der BRD aktiv gewesen. Bis zum Schluss stand er der NPD nahe.

*Peter Nowak*

# „Furchterregende Macht“

*Der Holocaust-Leugner Graf hat weitere einschlägige Texte veröffentlicht.*

Holocaust-Leugner beteuern immer wieder, ihr Wirken beruhe ausschließlich auf wissenschaftlichen Motiven. Sie halten beispielsweise auch das Schweizer Bundesgericht für verleumderisch, nachdem dieses vor Jahren festgehalten hatte, dass schon die Forderung nach einem einzigen Beweis für die Existenz von Gaskammern den „Schluss auf eine Sympathie zum nationalsozialistischen Regime“ aufdränge.

**„Klischees aus der Mottenkiste der amerikanisch-zionistischen Propaganda“**

Vor kurzem hat nun wieder einmal der Schweizer Justizflüchtling und Holocaust-Leugner Jürgen Graf, der seit mehreren Jahren in Russland lebt, die höchstrichterliche Einschätzung bestätigt. Er veröffentlichte gleich zwei Texte, die seine kruden rassistischen, antisemitischen und nazifreundlichen Ansichten belegen. Zuerst zog Jürgen Graf Anfang November wütend über den rechtsextremen französischen Publizisten Guillaume Faye her, der den Kampf der Holocaust-Leugner in seinem neuesten Buch „La nouvelle question juive“ (Die neue jüdische Frage), als „vollkommen unnütze, ineffiziente und kontraproduktive Halbwüchsigen-Marotte“ bezeichnet hatte. Dies sei, so Faye weiter, außerdem noch „mit schweren methodologischen Fehlern wie ideologischen Vorurteilen behaftet“. In der Tat, eine vernichtende Beurteilung. Guillaume Faye, so folgerte nun Graf, greife „immer wieder zu den abgegriffenen Klischees aus der Mottenkiste der amerikanisch-zionistischen Propaganda“. Und Graf behauptete weiter, es gebe eine „furchterregende Macht der Judenorganisationen“.

Wenige Wochen später setzte Jürgen Graf dann noch einen drauf: In einer Buchbesprechung lobte er überschwänglich das Werk eines russischen „Rassenkundlers“, das, so Grafs Darstellung, den „Rassentheoretikern des Dritten Reiches gebührende Anerkennung“ zolle. Wer den Holocaust leugnet, will eben doch nationalsozialistische Vorstellungen wieder politikfähig machen.

*Hans Stutz*

## Ausland

# „Graue Wölfe“

*Türkische Rechtextremisten organisieren sich in so genannten Idealistenvereinen – Feindbilder sind unter anderem Juden, Liberale, Freimaurer, Aleviten und Armenier.*

Vor einem Jahr, am 19. Januar 2007, wurde der türkisch-armenische Journalist Hrant Dink vor seinem Büro in Istanbul ermordet. Dink war Herausgeber der armenisch-türkischsprachigen Zeitung „Agos“ und setzte sich seit Jahren für die Rechte der armenischen Minderheit ein. Hinter dem Mord an Dink soll die Jugendorganisation „Nizam-i Alem Ocaklari“ („Vereinigungen der Weltordnung“) der „Großen Einheitspartei“ („Büyük Birlik Partisi“; BBP), einer Abspaltung der „Milliyetci Hareket Partisi“; MHP („Nationale Bewegungspartei“) stehen. Die BBP ist in der Bundesrepublik Deutschland unter der Bezeichnung „Föderation der Weltordnung in Europa“ aktiv. Nach dem Mord an Dink klagten Vertreter der armenischen, kurdischen und alevitischen Minderheit über zunehmende Drohungen durch rechtsextreme Türkischstämmige in der Bundesrepublik Deutschland. Zuletzt marschierten am 28. Oktober 2007 rund 2000 nationalistische Türken in Berlin auf. Zahlreiche MHP-Fahnen mit den drei nach unten geöffneten Halbmonden (osmanische Kriegsflagge) flatterten im Wind. Dabei wurden Parolen wie „Tod der PKK“ gebrüllt und der Gruß der „Grauen Wölfe“ gezeigt. Der „Wolfsgruß“ wird mit den Fingern der rechten Hand geformt.

In den 70er Jahren haben sich in der Türkei jugendliche Anhänger der MHP „Graue Wölfe“ genannt, um als „Bewegung“ aktiv zu sein. Bis heute werden alle diejenigen, die rechtsextremen türkischen Gruppierungen anhängen, deshalb als „Graue Wölfe“ (Bozkurt) bezeichnet. Der „Graue Wolf“ ist das Symbol der Ülkücü-Bewegung (so genannte Kultur- und Idealistenvereine). Das Fabeltier der türkischen Mythologie soll die Lebenskraft der türkischen Rasse symbolisieren. Der „Graue Wolf“ gilt vielen Türken als Symbol für den Retter in der Not.

Die nationalistische MHP ist mit 14,29 Prozent im türkischen Parlament vertreten. Ihr Gründer ist der 1997 verstorbene Politiker Alparslan Türkes (Jg. 1917), ein glühender Verehrer von Adolf Hitler. Türkes war während des Zweiten Weltkrieges Verbindungsmann des deutschen Außenministeriums zum türkischen Geheimdienst. Er träumte von einem pantürkischen Großreich von der Adria bis zur Heimat der Ahnen in der Mongolei. Im Mai 1960 war Türkes treibende Kraft hinter dem Militärputsch gegen Ministerpräsident Adnan Menderes. In den 70er Jahren stellte seine paramilitärische Truppe das Personal einer staatlichen Konter-Guerilla, die gegen armenische und linke Kämpfer eingesetzt wurde. Seine parteipolitische Karriere begann der ehemalige Armee-Obrist 1963 bei der „Republikanischen Bauern- und Nationalpartei“, die er 1969 – inzwischen war Türkes zu deren autoritärem Führer aufgestiegen – in „Nationale Bewegungspartei“ umbenannte. In einem Nachruf auf Türkes war 1997 in der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu lesen: „In einer korrupten Parteienlandschaft voller Wendehälse“ war Türkes „einer der wenigen, die etwas besaßen, was im Zuge eines liberalistischen Wirtschaftsdenkens auch anderswo zur Rarität geworden zu sein scheint: Charakter und Prinzipientreue.“

**Der „türkische ‘Haider’“**

Nachfolger von Türkes im Amt des MHP-Vorsitzenden ist Devlet Bahceli, ein Dozent der Betriebswirtschaft. Bahceli entstammt einem Großgrundbesitzer-Clan, Geld spielte für ihn nie eine Rolle. Im Jahr 2000 kürte die in Coburg erscheinende rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation& Europa“ Bahceli zum „türkischen ‘Haider’“.

Die MHP setzt sich für eine nationalistische Ausrichtung der türkischen Gesellschaft ein. Im Mittelpunkt, so der Verfassungsschutz, steht die Vorstellung der nationalen Einheit aller Turkvölker (Pantürkismus). Seit den 70er Jahren bemüht sich die MHP darum, den politischen Islam in ihr nationalistisches Konzept zu integrieren (türkisch-islamische Synthese). Aus ihren Reihen stammt auch der Attentäter Ali Agca, der 1981 einen Anschlag auf Papst Johannes Paul II. verübte.

MHP-Anhänger in der Bundesrepublik sind in der 1978 in Frankfurt/Main gegründeten „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF) organisiert. Die ADÜTDF wurde 1996 umstrukturiert und in „Konföderation der Ülkücü Türken in Europa“ (AÜTDK) umbe-

nannt. Hauptsitz ist Brüssel. Gleichzeitig wurde die „Deutsche Türkische Föderation“ (ATF) gegründet. 1987 spaltete sich ein Flügel der ADÜTDF ab und rief 1988 in Koblenz die „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine“ (TIKDB) ins Leben. Diese Organisation führt seit 1993 den Namen „Türkisch-Islamische Union in Europa“ (ATIB). Sitz der ATIB ist Köln. 1992 verließ der islamisch orientierte Führungskader Muhsin Yazicioglu die MHP und gründete die „Große Einheitspartei“ (BBP). Diese Entwicklung fand auch Niederschlag in der Bundesrepublik Deutschland. BBP-Kader riefen die „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF) ins Leben.

**„Mein Kampf“ ist sehr beliebt**

Feindbilder der Führer-orientierten, gewalttätigen, nationalistischen und anti-kommunistischen „Ülkücü“ (Idealisten)-Bewegung, die auf das Ideal eines rassisch reinen Türkentums setzt, sind Juden, Freimaurer, Liberale, Armenier, Aleviten und die PKK. Im September 2005 vereitelten Sicherheitskräfte einen geplanten Anschlag auf den türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan in der westanatolischen Stadt Kütahya. Der Täter Mustafa Bagdat stammt aus dem Umfeld der MHP. Erdogan hatte vor dem Attentatsversuch erstmals von der Existenz eines „Kurdenproblems“ gesprochen und Fehler des Staates im Umgang mit den Kurden eingeräumt. In der bisherigen offiziellen türkischen Sprachregelung war im Zusammenhang mit den politischen Auseinandersetzungen im Südosten des Landes stets von einem Problem des „Terrorismus“ die Rede gewesen. Die MHP attackierte daraufhin Erdogan aufs Schärfste, indem sie ihn bezichtigte, damit einen „Beitrag zum Programm der PKK“ zu leisten, die „Politik macht mit dem Blut der Märtyrer“.

Großer Beliebtheit in Kreisen der Idealisten-Bewegung erfreuen sich das antisemitische Standardwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ und Hitlers „Mein Kampf“. Der Erwerb von Hitlers Machwerk ist neuerdings jedoch in der Türkei erschwert. Seit August 2007 darf das Buch in der Türkei nicht mehr gedruckt oder verkauft werden. Der Freistaat Bayern als Inhaber der Rechte an dem Buch hat das Verbot vor türkischen Gerichten durchgesetzt. „Mein Kampf“ war zuvor von mehreren Verlagen herausgegeben worden.

*Anton Maegerle*

## „Moskauer Müll“

*Russischer Ultranationalist in Brüssel.*

Wladimir Putin hat den ultranationalistischen Politiker und außenpolitischen „Falken“ Dmitrij Olegowitsch Rogosin (44) zum neuen Nato-Botschafter Russlands in Brüssel ernannt. Der Journalist, Sohn eines ehemaligen russischen Generalstabschefs, ist bekannt für seine Fremdenfeindlichkeit und seine ablehnende Haltung gegenüber dem Westen, insbesondere der USA. Rogosin, zeitweilig Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der russischen Duma (Parlament), ist der politische Ziehsohn des 2002 verstorbenen Politikers Alexander Lebed. Lebed, General a.D., war Kopf der rechts von der Mitte angesiedelten Republikanischen Volkspartei Russlands.

Rogosin gehörte zu den Initiatoren der 2003 gegründeten rechtsradikalen Partei Rodina (Heimat). Mit 9,2 Prozent führte er Rodina in die Duma und schaffte es auf der politischen Karriereleiter bis zum Vizepräsidenten des Parlaments. 2005 wurde Rodina vom Obersten Gericht von den Kommunalwahlen in Moskau wegen eines rassistischen Wahlkampfvideos ausgeschlossen. Der Spot mit Rogosin zeigte dunkelhäutige Einwanderer aus Kaukasien und forderte dazu auf, „den Müll aus Moskau herauszukehren“. Zugleich legte Rogosin im Namen seiner Partei einen Gesetzentwurf vor, mit dem Ausländern verboten werden sollte, im Einzelhandel auf den Lebensmittel- und Kleidungsmärkten unternehmerisch aktiv zu werden. Mehrere Vertreter von Rodina verlangten gar ein Verbot jüdischer Organisationen.

2006 musste Rogosin den Vorsitz seiner Partei, die wenig später in der Kreml-Partei Gerechtes Russland aufging, abgeben. Für Schlagzeilen sorgte Rogosin am 4. November 2006. An diesem hohen russischen Feiertag war er Mitorganisator einer rechtsextremen Kundgebung in Moskau. Auf der Demonstration mit rund 2000 Teilnehmen wurde lautstark gegen Ausländer gehetzt und verschiedentlich der Hitler-Gruß gezeigt. Viele der jugendlichen Demonstranten hatten das Gesicht verhüllt und trugen das Hakenkreuz-Emblem. Mit Innenpolitik habe er ab sofort nichts mehr zu tun, gelobte Rogosin jüngst in einem Interview.

*Anton Maegerle*

## Seitenblick

# Unbequeme Geschichte

*Die Deutsche Bahn AG will vom „Zug der Erinnerung" Gebühren kassieren.*

Seit einigen Wochen spielen sich auf Bahnhöfen der Bundesrepublik seltsame Szenen ab. Da scharen sich Hunderte von Menschen um einen Personenzug, drängen ins Innere und verlassen die Waggons nach einiger Zeit still und mit veränderten Mienen. Dabei unterscheidet sich der Zug äußerlich von keinem anderen Zug auf den Gleisen rechts und links. Nur eines fällt auf. Der Zug bewegt sich nicht. Er steht da einige Tage und fährt schließlich irgendwann weiter.

Es handelt sich um den „Zug der Erinnerung". Er erinnert an die Zeit vor gut 60 Jahren, als Züge durch ganz Europa rollten – bei der Fahrt von West nach Ost voller Menschen, auf der Rückfahrt meistens gähnend leer. Es waren Deportationszüge, die fast ausschließlich Juden zu den deutschen Vernichtungslagern nach Osteuropa transportierten, nach Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Sobibor, Belzek, Chelmno, Majdanek. Sie kamen aus den Niederlanden, aus Belgien, Luxemburg, Frankreich, gegen Kriegsende auch aus Italien. Aus Frankreich war es für 11 000 Mädchen und Jungen ihre einzige Bahnreise, von der es keine Rückkehr gab. Damit das nicht vergessen wird, schlug das französische Ehepaar Serge und Beate Klarsfeld der französischen Bahnverwaltung vor, in Bahnhöfen der Republik große Tafeln mit Fotos und Dokumenten aus jener Zeit aufzustellen. So wurde das Schicksal der Kinder in die Erinnerung vieler Millionen Franzosen gerufen. In den Niederlanden schlug die Spitzenorganisation der holländischen Juden dem Verkehrsministerium in Den Haag vor, etwas Ähnliches zu machen. Auch hier reagierte man positiv und so standen bald etliche Wochen lang Dokumente aus jener Zeit auf den großen Bahnhöfen der Niederlande.

Die Klarsfelds fragten an, ob dergleichen auch in Deutschland denkbar sei. Doch hier konnte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) nicht einfach „Ja" sagen, weil die Deutsche Bahn AG ein selbständiges Unternehmen mit Hartmut Mehdorn an der Spitze ist. Der zögerte lange und schlug schließlich eine Ausstellung in irgendeinem ruhigeren Gebäude vor. Auf Bahnhöfe passe dergleichen nicht. Die Leute seien dort stets in Eile, da gingen solche Dokumente unter. Kurzum, die Deutsche Bahn machte nicht mit und so gingen die Organisatoren selbst ans Werk. Mit Hilfe von Freunden und Förderern besorgten sie sich einige Waggons, tüfftelten einen Fahrplan mit den wichtigsten Stationen aus und präsentierten ihn der Bahn – wie ein Unternehmen, das eine Transportgenehmigung für das Schienennetz braucht. So kam der „Zug der Erinnerung" in Fahrt mit Stationen in Frankfurt/M., Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen, Saarbrücken, Fulda, Kassel, Göttingen, Hannover. Weitere Bahnhöfe sollen folgen – in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Nordrhein-Westfalen.

In Saarbrücken war Ministerpräsident Peter Müller (CDU) unter den ersten Gästen und zeigte sich von dem Projekt sehr angetan. Das scheint bei der Bahn ähnlich zu sein, freilich aus einem anderen Grund. Sie will am „Zug der Erinnerung" Geld verdienen – „Transitgebühren" für die Benutzung der Schienen, der Bahnhöfe und der gesamten Infrastruktur. Von 300 000 Euro ist die Rede. Die Organisatoren wissen nicht, wie sie diese Summe aufbringen sollen. Nun sind sie auf Spenden angewiesen. Die mehr als 40 000 Besucher haben sich bisher großzügig gezeigt, aber ihre Spenden dürften kaum ausreichen, den Zug weiter auf den Schienen zu halten. Die Organisatoren haben jetzt zu Protesten aufgerufen und schlagen diese Adressaten vor: den Verkehrsausschuss des Bundestages, verkehrsausschuss@bundestag.de, den Verkehrsminister, Wolfgang.Tiefensee@bmvbs.bund .de, und den Bahnchef, hartmut.mehdorn. @bahn.de.

Bisher hat die Bahn mehrfach versucht, nicht auf ihre Geschichte während der NS-Zeit angesprochen zu werden – stets ohne Erfolg. Dieser eigenartige Umgang mit der eigenen Vergangenheit begann bald nach der Befreiung. Ehemalige hohe Beamte aus dem Reichsverkehrsministerium verfassten dicke Bücher über die ruhmreiche Geschichte der Bahn gerade während des Krieges. Das entscheidende Kapitel über die Bahn und den Holocaust blieb ausgespart. Erst nach einem langen Ringen bequemte sich die Bahn in den 70er Jahren, in ihrem Museum in Nürnberg ein paar Exponate zu diesem Massenmord zu zeigen, der ohne die Hilfe der Bahn schlicht nicht möglich gewesen wäre.

*Heiner Lichtenstein*

## Demokratische Initiativen

# „Kampf dem Hakenkreuz“

*Mit einer Ausstellung politischer Graphik des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. aus den Jahren 1930 bis 1933 erinnert die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin an die publizistische Mobilmachung der SPD gegen den Nationalsozialismus.*

2008 ist – wieder einmal – ein Gedenkjahr, das vom 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, bis zur Reichstagswahl mit NSDAP-Einheitsliste am 12. November (Ja-Stimmen 92,2 Prozent, Wahlbeteiligung 95,2 Prozent) viele Anlässe bietet, auf das erste Jahr der NS-Herrschaft, die vor 75 Jahren begann, zurückzublicken.

Doch es gibt auch eine andere Tradition. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung und Niels Annen, SPD-Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordneter, erinnerten bei der Eröffnung der Ausstellung „Kampf dem Hakenkreuz“ am 15. Januar 2008 in Berlin an die Ablehnung des „Ermächtigungsgesetzes“, das Hitler freie Hand für den Übergang zur Diktatur gab, in der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 durch die SPD. Sie gipfelte in dem mutigen Bekenntnis von Otto Wels: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Beide Redner sahen darin ein die Generationen verbindendes, einigendes Band, bedeutsam für die Identität der SPD und die Stärkung der Demokratie in Deutschland, das sich jedoch, bedingt durch einen neuerlichen Generationswechsel, allmählich aufzulösen beginne. Dem aber, so sagte Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek der Stiftung, der die Ausstellung konzipiert hat und in sie einführte, wolle man mit dieser Darstellung eines weitgehend in Vergessenheit geratenen Kapitels der antifaschistischen Agitation entgegenwirken. Zimmermann erinnerte dabei an den Appell Willy Brandts auf der Bundestagung der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ 1979 in München, der nach wie vor Gültigkeit habe und dem man sich mit dieser Dokumentation verpflichtet fühle: „Sichert die Zeugnisse (Dokumente, Erinnerungsberichte), vermittelt die Lehren, wahrt die gute Tradition! Das heißt auch, die Namen unserer Märtyrer nicht in Vergessenheit geraten lassen, sondern in Ehren halten.“

Die Ausstellung präsentiert auf 25 Bannern großflächig politische Broschüren, Grafiken und Karikaturen, mit denen durch einen Beschluss des SPD-Vorstandes dem sozialdemokratischen Parteiverlag J.H.W. Dietz Nachf. im Spätherbst 1930 die Aufgabe übertragen wurde, massenwirksam gegen den in der Septemberwahl manifest gewordenen Erfolg der NSDAP zu agitieren. Kurze und treffsichere Texte, einprägsame Grafiken, eine aggressive und Personalisierung nicht scheuende Sprache, Karikatur, Satire und neue politische Symbole wie die drei Pfeile, die zum Signet der republikanischen Kampforganisation „Eiserne Front“ wurden, waren die neuen Stilmittel, mit denen man ein breites Spektrum an Medien mobilisierte und der NS-Propaganda entgegensetzte.

Die Illustrationen wie die in einer Auflage von bis zu 90 000 Exemplaren erschienenen Broschüren, die in den Vitrinen der Ausstellung auch im Original gezeigt werden, richteten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Die Autoren – etwa Wilhelm Hoegner, Franz Künstler, Carlo Mierendorff, Eugen Prager, Adam Remmele und Friedrich Wendel – sind durchaus bekannt und ihre Texte vielfach auch in digitalisierter Form zugänglich. Neu aber ist, so Rüdiger Zimmermann, das Ensemble, das die Ausstellung präsentiert, der Gesamtblick auf alle Facetten der politischen Graphik des Dietz-Verlages. An der politischen Deutlichkeit der Aussagen sozialdemokratischer Politik, so sein Fazit, habe es nicht gelegen, dass Hitler zur Macht gekommen sei.

Die vorzügliche Begleitpublikation, reich illustriert und farbig (70 Seiten) erlaubt eine vertiefende Beschäftigung. Sie ist in der Ausstellung, die vom Historischen Zentrum der Stiftung erstellt wurde, kostenlos erhältlich.

*Theo Meier-Ewert*

Die Ausstellung „Kampf dem Hakenkreuz“ ist bis zum 25. März 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin-Tiergarten zu besichtigen.

## Meldungen

### Hetzkampagne der FPÖ ist „vorbildlich“

Köln – Der „pro Köln“- und „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht soll bei der Kommunalwahl 2009 in der Domstadt als Oberbürgermeisterkandidat der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung“ ins Rennen gehen. Eintreten will Beisicht unter anderem gegen „politische Korrektheit, Meinungsterror und Denkverbote“ und für „Minuszuwanderung“ und die „Verteidigung unserer rheinischen Lebensweise gegenüber der islamistischen Bedrohung“. Welche Art von Wahlkampf in Köln zu erwarten ist, deutete Beisicht inzwischen auch an. „Gerade auch für pro NRW vorbildlich und absolut nachahmenswert“ sei die Kampagne der Grazer FPÖ für die Kommunalwahl am 20. Januar 2008, erklärte er. Deren Spitzenkandidatin Susanne Winter war auch in Deutschland in die Schlagzeilen geraten, weil sie den Propheten Mohammed als „Kinderschänder“ bezeichnet, von einem „Einwanderungs-Tsunami“ schwadroniert und gefordert hatte, der Islam gehöre „dorthin zurückgeworfen, wo er hergekommen ist, hinter das Mittelmeer“. Beisicht hatte Winter durch einen Auftritt bei einer Wahlveranstaltung Ende November unterstützt und dabei die Grazer Rechtsauslegerin zu einem Gegenbesuch in Nordrhein-Westfalen eingeladen. (ts)

### Huldigung der Waffen-SS

Ungarn (Budapest) – Am 9. Februar findet in der ungarischen Hauptstadt Budapest das internationale Neonazi-Gedenktreffen „Tag der Ehre“ statt. Mit dem „Tag der Ehre“ wollen Neonazis ihre historischen Vorbilder feiern. Am 10. Februar 1945 hatten ungarische Truppen zusammen mit Einheiten der Waffen-SS einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Budapester Burgviertel unternommen. Neonazis bezeichnen seit der Wende diesen Tag als „Tag der Ehre“. Veranstalter des braunen Spektakels sind Neonazis aus den Reihen des 2004 von den Behörden verbotenen ungarischen Ablegers der internationalen Neonazi-Skintruppe „Blood&Honour“ (B&H). Im Anschluss an die Demonstration gibt es dann in Nogradsap ein Konzert unter anderem mit der Szeneband „Verszerzödes“. Beim letztjährigen „Tag der Ehre“ nahmen Neonazis aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, England, Kroatien, Österreich, Schweiz, Slowenien und Tschechien teil. Redner aus Deutschland waren der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger und das bayerische NPD-Landesvorstandsmitglied Matthias Fischer. (am)

## Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030 ) 255 94 174
Fax: (030 ) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030 ) 255 94 100
Fax: (030 ) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030 ) 255 94 130
Fax: (030 ) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de